

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 20 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff, Dresden. Donnerstag, den 16. Juni 1927

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 138. — 86. Jahrgang. Wilsdruff, Dresden. Donnerstag, den 16. Juni 1927

## Stille Abwertung.

Was wird aus der früheren Kriegsanleihe?

Leider ist nach dem „schwarzen Freitag“ und der darauffolgenden weiteren Wälse an der Börse viel zu wenig beachtet worden, daß zu den Hauptleidtragenden dabei die deutsche Ablösungsanleihe gehört, die bekanntlich an die Stelle aller früheren Anleihen des Reiches, vor allem der Kriegsanleihen, getreten ist. Seitdem dieses Papier an der Börse eingeführt ist, befindet sich der Kurs in ständigem, wenn auch täglich nur zu kleinen Verlusten führendem Rückgang. Und dies geschah in einer Zeit, da alle anderen Papiere stiegen in die Höhe kletterten.

Der Rückgang traf besonders den Kurs jenes Teiles der Ablösungsschuld, der nicht mit dem Auslosungsrecht ausgestattet ist, also den Rest von früherer Kriegsanleihe darstellt. Schon der Einführungskurs dieses Papiers, das unverzinslich ist und keine Aussicht auf höhere Aufwertung aufweist, war eben aus diesen beiden Gründen mit 34 v. H. sehr niedrig, besonders wenn man erwägt, daß die früheren Reuanleihebesitzer ja nur mit 25 v. H. aufgewertet worden sind. Nun ist aber dieser Kurs mittlerweile auf 17 v. H. heruntergegangen, d. h. die Besitzer dieser Schuldverschreibungen verlieren gegenüber dem Einführungskurs noch die Hälfte ihres damaligen Vermögens, wenn sie genötigt sind, an der Börse zu verkaufen. In diesem Falle werden sie nicht etwa auf 2,5 aufgewertet, sondern auf ganze 0,87 v. H.!

Beim „schwarzen Freitag“ sank der Kurs um 3 v. H., was gering ausfiel, es aber nicht ist, weil ja der Kurs schon damals auf 20 v. H. stand. Leider ist seitens der Reichsbank gegen diese „stille Abwertung“ nicht das geringste geschehen und doch trifft es gerade weniger Bemittelte, die das allgemeine Vorkommen nicht mitmachen konnten und nun wieder so viel verloren haben! Nicht ganz so schlimm, aber immer noch schlimm genug steht es mit dem Kurs der Stücke jener Ablösungsanleihe, die mit dem Auslosungsrecht versehen ist, also den eigentlichen Altbesitz darstellt. Seit der Emission dieser Anleihe, die ja mit 45 v. H. verzinslich ist, deren Zinsen allerdings dem Kapital zugerechnet werden, die außerdem bei Auszahlung auf 125 höhergewertet werden, sind zwei Jahre vergangen; auch hier sank der Kurs von 380 auf jetzt 300; eine sehr respectable Leistung! Hier liegt die Notwendigkeit, verkaufen zu müssen, womöglich noch viel öfter vor, weil sie ja zum größten Teil im Besitz von Kleinrentnern usw. ist, die nicht die Zeit abwarten können, bis ihre Stücke ausgelost werden. Denn das kann ja 25 Jahre und noch länger dauern! Sind diese Leute also gezwungen, ihren Besitz an der Börse zu verkaufen, so erhalten sie bei dem jetzigen Kursstand von rund 300 nicht etwa die im Aufwertungsgefeß vorgesehenen 125 v. H. ihres früheren Altanleihebesitzes, sondern überhaupt nicht einmal 5 v. H., das heißt also auch hier nichts anderes, als daß ein beträchtlicher Teil ihnen verloren geht, daß auch hier eine „stille Abwertung“ erfolgt. Einen derartigen Besitz etwa nun bei einer Bank beileihen zu lassen, ist um nichts besser, weil sich natürlich die Höhe der Beleihung gleichfalls nach dem Kursstand richtet, den das Papier an der Börse hat. Und das trifft doch wirklich die Armen der Armen!

Die Reichsbank hat bewiesen, wie sehr sie Herr der Börse ist; sie möchte und sollte es als selbstverständliche Ehrenpflicht betrachten, diese Herrschaft auch einmal auf dem Rentenmarkt zu beweisen. Denn bisher ist nichts dergleichen geschehen, sondern die Reichsbank steht mit verdrängten Armen zu, wie der Kurs der Ablösungsschuld nieder und tiefer sinkt. Kamentlich der frühere Altanleihebesitz ist doch fast restlos in Deutschland verblieben und er stellt die letzte geringe Hoffnung fast unbemittelter Kreise dar. Hiergegen muß endlich etwas geschehen, besonders weil wohl die meisten Besitzer erst in dem Augenblick zum Bewußtsein des neuen Verlustes gelangen, wenn höchste Not sie drängt, das ihnen verbliebene kleine Vermögen in Anspruch zu nehmen. Hier liegt also eine höchste soziale und menschliche Ehrenpflicht derer vor, die eine Besserung herbeizuführen vermögen.

## Eine Schlappe der Regierung im Reichstage

bei Abstimmung über die Portoerhöhung

320. Sitzung. C. B. Berlin, 15. Juni. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Antrag von Braese (D.D.) und Sautz-Bromberg (Dm.), der die Einführung des Straßverkehrs gegen den Abgeordneten Hennig wegen Steuerfabrikation forderte. Gegenüber dem Vorschlag des Präsidenten, den Antrag dem Geschäftsausschuss zu überweisen, wies ein sozialdemokratischer Abgeordneter darauf hin, daß der Reichstag die Genehmigung zur Straßverfassung einstimmig erteilt habe. In einem Brief an den Präsidenten habe nun Hennig die Behauptung aufgestellt, daß der Reichstagbeschluss ein Tendenzbeschluss sei. Der Redner wies diesen Vorwurf zurück und verlangte sofortige Abstimmung über den Antrag. Abgeordneter von Braese (D.D.) er-

## Deutschlands Standpunkt zur Abrüstung.

### Abrüstungsdebatte in Genf.

Forderungen Dr. Stresemanns.

Während die bisherigen öffentlichen Ratifikationen auf der jetzigen Tagung der Völkervereinigung in Genf ziemlich eintönig verliefen, kamen am Mittwoch dort Fragen von großem politischen Interesse zur Sprache. Eine dieser Fragen betraf die Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses, über dessen bisherige Tätigkeit der tschechische Außenminister berichtete. Nachdem der französische Vertreter Paul-Boncour sich ziemlich zuversichtlich über die bisherige Tätigkeit des Abrüstungsausschusses ausgesprochen hatte, ergriff Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu folgender Erwiderung:

„Wir alle haben mit gewissen Bedenken die Arbeit verfolgt, die der vorbereitende Abrüstungsausschuss bisher vollbracht hat. Ohne diese bis jetzt geleistete Arbeit zu unterschätzen, müssen wir doch, daß der vorbereitende Ausschuss nicht imstande gewesen ist, die Lösung dieses Problems sehr weit zu fördern. Ich glaube, es ist notwendig, daß ein grundlegende Änderung durchgeführt werden muß, wenn die zweite Lesung nicht mit einem Beschlusse enden soll, der dem Anschein des Völkervereinigung abträglich wäre. Das Abrüstungsproblem ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkervereinigung und auf seiner Lösung beruht in weitestgehendem Maße die ganze Wirksamkeit des Völkervereinigung. Die Lösung, die nach vor wenigen Jahren einfach ausfiel, scheint auf einen fernliegenden Zeitpunkt verlagert. Nach dem Fall haben alle Völkervereinigungsländer die Verpflichtung, ihre Abrüstungen zu vermindern und eine Aufgabe durchzuführen, die sofort hätte aufgenommen werden müssen, auch wenn sie nicht in der Völkervereinigung festgelegt wäre, weil sowohl die Existenz wie die Tätigkeit des Völkervereinigung von der allgemeinen Abrüstung abhängen. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Erörterungen der Völkervereinigung im September dem Abrüstungsproblem einen neuen Anstoß geben, damit hierdurch der ehrliche Wille zur Abrüstung und zur Durchführung von Artikel 8 des Völkervereinigungspaktes gestärkt werde.“

### Um die Rechte des Memellandes.

Litauen sagt Abhilfe zu.

Ein anderer wichtiger Punkt der Sitzung betraf die Memelfrage. Deutschland hatte bekanntlich beim Völkervereinigung gegen die Unterdrückung des Memellandes durch die litauische Regierung Protest erhoben. Zu Beginn der Völkervereinigungssitzung hieß es, daß Litauen der Beratung der Memelbestrebungen vor dem Tribunal des Völkervereinigung Schwierigkeiten machen würde. Diese Annahme hat sich indes nicht bestätigt. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras gab vielmehr eine Erklärung ab, in der er betonte, daß die litauische Regierung keinesfalls die Absicht habe, das Memelgebiet ohne Volksvertretung zu lassen. Die Wahlen für den Landtag sollen spätestens im September 1927 stattfinden. Die Autonomie des Memelgebietes soll sich nach Zusage des litauischen

Ministerpräsidenten weiter auf demokratischer Grundlage entwickeln. Weiterhin sagte Woldemaras zu, daß die politischen und sonstigen Rechte des Memelgebietes in vollem Maße gewährleistet werden sollen.

Auf diese Ausführungen hin gab der deutsche Außenminister Dr. Stresemann die Erklärung ab, daß er darauf verzichte, auf der jetzigen Ratifikation die Memelfrage weiter zu behandeln. Er hoffe aber, daß durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen der litauischen Regierung mit größter Beschleunigung im Memelgebiet derjenige Zustand sichergestellt wird, der dem Memelstatut entspricht.

Der Ratvorsitzende Chamberlain gab seiner Freude über die Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems im Völkervereinigung erübrigt.

### Eine Sechs-Mächte-Besprechung.

Die Ministerbesprechungen in Genf werden dauernd fortgesetzt. An der Konferenz, die am Dienstag stattfand, nahmen, wie mitgeteilt wird, Vertreter von England, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Deutschland teil. Die Unterhaltung dauerte etwa zwei Stunden und galt einem Gedankenaustausch über die politische Lage. Auch am Mittwoch wurde der Gedankenaustausch der Minister fortgesetzt. In dieser Konferenz sollten Fragen zur Sprache kommen, die die Völkervereinigung in Deutschland betreffen.

Auf Wunsch des Reichsaußenministers ist Staatssekretär Weismann nach Genf beordert worden. Man nimmt an, daß die Anwesenheit des Staatssekretärs in Genf erforderlich ist, um den deutschen Standpunkt in schuppeligen Fragen gegenüber den Franzosen zu vertreten.

## Ein deutsches Kommuniqué über die neue Sechs-Mächte-Konferenz.

Die Locarno-Politik wird fortgesetzt.

Genf, 15. Juni. Ueber die heutige Besprechung der in der Völkervereinigung vertretenen Mächte, die wiederum etwa zwei Stunden dauerte, wird von der deutschen Delegation folgendes Kommuniqué ausgegeben: „In Verfolg der Arbeiten der letzten Konferenz des Monats Dezember haben die Mitglieder der Konferenz die in der Schwebe gebliebenen Fragen geprüft, feststellend, bis zu welchem Punkte die Erfüllung einiger dieser Fragen gelangt ist und für die übrigen sich über die Mittel und Wege geeinigt, um ihre Verwirklichung innerhalb einer möglichst kurzen Frist sicherzustellen. Die Mitglieder der Konferenz haben hierbei neulich ihren einmütigen Willen festgesetzt, die Locarno-Politik weiter fortzusetzen, die bisher im Interesse des Friedens wichtige Resultate ergeben hat und weiter ergeben wird.“

### Mit 175 gegen 173 Stimmen.

Berlin, 15. Juni. Am Reichstag wurde heute der sozialdemokratische Antrag auf Zurückziehung der Vorlage über die Erhöhung der Postgebühren mit 175 gegen 173 Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Die Abstimmung wurde von den Koalitionsparteien mit lauten Beifallstundgebungen aufgenommen. Reichspostminister Schädl, der über den Ausfall der Abstimmung stark betroffen war, begab sich sofort zu den Führern der Regierungsparteien, mit denen er lebhaft verhandelte.

### Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Dr. Schädl abgelehnt.

Berlin, 15. Juni. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Reichspostminister Schädl wurde im Reichstag in nennlicher Abstimmung mit 327 gegen 35 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Kommunisten. Die Völkervereinigung enthielten sich der Stimme.

### Die „Schwarze Reichswehr“.

Aus dem Gemeinderichtungsamt des Reichstages. Am Gemeinderichtungsamt des Reichstages, der nach längerer Pause am Mittwoch wieder zusammentrat, erhaltete Dr. Schädl (Dm.) das Korreferat zum Kapitel „Schwarze Reichswehr“. Er erklärte, daß keine allzu ausgedehnte Beweisaufnahme nötig sei, und erwähnte dann einige Einzelfälle mit der Betonung, daß er die Ansicht des ersten Referenten, Dr. Levi, nicht teilen könne, daß es sich bei den Kameradschaftsgerichten um eine Feme im Sinne des Ausschlußbeschlusses handele. Berichterstatter Dr. Levi (Soz.) hat als Jugend zu dieser Frage u. a. vorgeschlagen: b. Seidl, Rößbach, General von